

Datum: Tue, 01 Feb 2011

An: extreme_zeiten@gmx.de

Betreff: Protestschreiben Miteinander e.V.

"Erklärung für Demokratie" in den Programmen "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" und "Initiative Demokratie stärken"

Sehr geehrte Frau Ministerin Schröder,

Der gemeinnützige Verein Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur/innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und (Jugend-)Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur/innen sowie der parteiischen Opferberatung.

Es gehörte zu unseren Gründungsmotiven, dem Wertekanon des Grundgesetzes in der Praxis auch dort Geltung zu verschaffen, wo eine demokratische und menschenrechtsorientierte Kultur eine prekäre Existenz führt. Mit Ihrer "Erklärung für Demokratie" wird uns und anderen Trägern, aber vor allen denjenigen, die durch Rechtsextremismus am stärksten bedroht werden und sich vor Ort für demokratische Werte einsetzen, ein besonderes staatliches Misstrauen entgegen gebracht.

Die von Ihnen verlangte Erklärung und ihre Umsetzungsbestimmungen stellen alle diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren. Sie tun dies im Wissen, dass ihre Autos, ihre Wohnungen und Büros Ziele neonazistischer Brandanschläge sind und dass sie selbst potenziell mit körperlichen Angriffen rechnen müssen. Ihr oft mühsamer Einsatz für die alltägliche Umsetzung demokratischer Werte und die gleichberechtigte, gesellschaftliche Teilhabe möglichst vieler Menschen sollte gewürdigt und nicht durch ein Klima des Misstrauens behindert oder gar unmöglich gemacht werden.

Staatlich verordnetes Misstrauen gegenüber den Bürger/innen ist mit einer demokratischen politischen Kultur nicht vereinbar. Die Erklärung stellt unsere Arbeit komplett in Frage, da wir sie nicht auf der Grundlage von Misstrauen umsetzen können. Wie sollen wir uns gemeinsam mit anderen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren, wenn zunächst einmal die Verfassungstreue aller Beteiligten geprüft werden muss? Die Erklärung verunsichert auch unsere Beratungsnehmer, wie etwa Opfer rechter Gewalt.

Mit der "Demokratieerklärung" und den vierseitigen Erläuterungen zur

Umsetzung wird die letztgültige Deutungshoheit in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf staatliche Akteure wie den Verfassungsschutz übertragen. Wer oder was aber "extremistisch" ist, orientiert sich in starkem Maß am tagespolitischen Diskurs und sollte Teil der gemeinsamen demokratischen Auseinandersetzung sein. Dafür bedarf es einer lebendigen und starken Zivilgesellschaft.

Ein tragfähiges Bekenntnis zur Demokratie kann nicht auf ordnungspolitischen Erwägungen basieren. Es setzt ein qualitatives, auf der Anerkennung der unteilbaren Menschenwürde beruhendes Demokratieverständnis voraus. Auf dessen Basis sollten Unterschiede, Kritik und die politische Auseinandersetzung nicht nur ausgehalten, sondern als Voraussetzung für eine gelebte, sich kontinuierlich weiter entwickelnde Demokratie begrüßt und gefördert werden.

Vor dem Hintergrund der hier dargelegten Gründe hoffe ich, dass Sie Ihre bisherigen Entscheidungen zu diesem Thema noch einmal bedenken würden. Ergänzend schlage ich Ihnen vor, zu diesem Fragenkomplex eine ausführliches öffentliches Forum zu initiieren. Ich bin mir sicher, dass sich daran die verschiedenen Träger im Themenbereich gern mit ihren Informationen und Erfahrungen beteiligen würden.

Über eine Antwort Ihrerseits würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen
P. Begrich

--

Miteinander e.V. - IMPULSE FÜR EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE

P. Begrich
Geschäftsführer

Miteinander e.V. - Netzwerk für Demokratie
und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 620 77 54
Fax: (0391) 620 77 40
Mail: pbegrich.gs@miteinander-ev.de

Internet: www.miteinander-ev.de

Jede Spende hilft:
Sichern Sie die notwendige Arbeit gegen
Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt,
für eine zivile und offene Gesellschaft!

Miteinander e.V.
Spendenkonto: 84 73 400
BLZ: 810 205 00
Bank für Sozialwirtschaft